

# Vorschlag des BMEL für eine Bio-Strategie 2030

Die Position des Industrieverbands Agrar e.V.

Frankfurt am Main, September 2023

Hinsichtlich der „Bio-Strategie 2030“ des BMEL ergeben sich unserer Ansicht nach einige Unklarheiten bezüglich der Argumentation und des Inhalts des Dokuments. Zudem sind teilweise grobe Fehler enthalten, die zu einer widersprüchlichen Schlussfolgerung beitragen können.

Zunächst ist festzuhalten, dass der ökologische Landbau seine Berechtigung für die Kulturlandschaft, den Markt sowie die Gesellschaft hat. Insbesondere bis zum vergangenen Jahr konnte der Markt für Ökoprodukte ein kontinuierliches Wachstum verzeichnen, welches durch eine Zunahme der Fläche mit ökologischer Produktion bedient wurde. Neue Produktgruppen wie bspw. Biostimulanzien und biologische Pflanzenschutzmittel konnten dazu beitragen. Das vergangene Jahr 2022 hat jedoch gezeigt, dass der Lebensmittelsektor von einer hohen Preissensibilität gezeichnet ist. Dies ging vor allem zu Lasten hochpreisiger Produkte und äußert sich somit auch in einem rückläufigen Absatz von Ökoprodukten in diesem Zeitraum.

Umso erstaunlicher ist es, dass das BMEL den Ökolandbau als einen Eckpfeiler einer krisenfesten Landwirtschaft versteht. Die Definition einer resilienten Landwirtschaft ist hierbei unklar und es wird nicht ersichtlich, ob diese sich auf Versorgungssicherheit und/oder Anpassungen an Klimaveränderungen oder aber weitere Risikofaktoren bezieht. Resilienz kann z. B. stabile Erträge bedeuten, also geringe Ertragsschwankungen zwischen einzelnen Jahren auf einem hohen Niveau. Dies trifft jedoch auf den Ökolandbau nicht zu. Vielmehr erfordert dieser deutlich höhere staatliche Transferleistungen auf Produktionsseite (80 % des Einkommensanteils) und Anschubfinanzierungen entlang der Wertschöpfungskette. Dies wird auch durch die vorliegende Bio-Strategie 2030 ersichtlich. So sollen umfangreiche finanzielle Anstrengungen, wie sie in den letzten Jahren stattfanden, mit dem Ziel einer Ausweitung des Ökolandbaus weiter intensiviert werden. Zudem zeigt sich, dass die Strategie einseitig gedacht ist und die Möglichkeiten und Chancen eines Zusammenspiels mit dem konventionellen Landbau konsequent ausblendet. Der durch die extensivere Bewirtschaftung eintretende Verlust an Flächenproduktivität wird zu Gunsten einer vermeintlich höheren Biodiversität und geringeren Klimakosten in Kauf genommen. Hier zeigt sich der zentrale Schwachpunkt: ein Output-skaliertes Bewertungsansatz von Externalitäten, wie er in der volks- und betriebswirtschaftlichen Betrachtung üblich ist, wird ausgeblendet. Sowohl die Analyse der Boston Consulting Group als auch Tabelle 1 nehmen hierauf keinen Bezug, obwohl genau hier der zentrale Schwachpunkt der ökologischen Landwirtschaft liegt. Erstere errechnet Umweltkosten, die der konventionellen Landwirtschaft (alleinig) zugeschrieben werden auf Basis eines fiktiven CO<sub>2</sub>-Preises. Umweltkosten durch den Ökolandbau oder der tatsächlich geltende und angestrebte CO<sub>2</sub>-Preis werden hingegen nicht berücksichtigt.

Unser zentraler Kritikpunkt gilt der fehlenden Auseinandersetzung mit nachhaltigen konventionellen Bewirtschaftungssystemen und die Ausblendung von Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen innerhalb dieser Systeme. Die Studie von Newbold et al., aus 2015 (Global effects of land use on local terrestrial biodiversity, Nature 520, pp. 45-50), zeigt, dass die Artenvielfalt insbesondere dann in Zukunft drastisch abnehmen wird, wenn es nicht gelingt die globalen Biodiversitätshotspots zu erhalten. Das Modell des „land sparing“ (konventionelle Landwirtschaft) ermöglicht a priori die Erhaltung der Biodiversität im Sinne der Definition von erhöhter Vielfalt an Ökosystemen. Denkbar ist zudem, die bestehenden Flächen des Ökolandbaus in einem breiteren Ansatz in dieser Strategie zu berücksichtigen, ohne weiteren Produktivitätsverlust zu riskieren. In der Studie „Kursbuch Agrarwende 2050“ (Wirz et al., 2017, Kursbuch Agrarwende 2050 – Ökologisierte Landwirtschaft in Deutschland, Greenpeace) kommt Greenpeace bei einer kompletten Umstellung der deutschen Landwirtschaft auf die ökologischen Anbaumethoden auf ein Absinken der Erträge um 40 %. Der daraus resultierende zunehmende Import von Agrarerzeugnissen bedeutet eine Externalisierung von Ackerflächen, der dem inländischen Flächenbedarf pro Kopf zugerechnet werden muss. Lebensmittel und, die nicht in Europa produziert, aber konsumiert werden, müssen an anderen Standorten unter häufig

schlechteren natürlichen und ökologischen Rahmenbedingungen erzeugt werden. Die notwendige Steigerung der Flächenproduktivität für die Nahrungsmittelerzeugung steht in direktem Verhältnis zur schrumpfenden Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Nutzflächen. Diese wird schätzungsweise von 0,38 ha im Jahr 1970 auf nur noch 0,15 ha pro Person im Jahr 2050 abnehmen. Damit ist offensichtlich, dass eine Extensivierung der Flächenproduktivität ohne Ausdehnung der Anbauflächen in Deutschland und Europa zu einer überproportionalen Intensivierung bzw. Landnutzungsänderungen in anderen Teilen der Erde führen muss.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen globalen Herausforderungen gibt es bessere Alternativen als eine einseitige politische und gesellschaftliche Fokussierung auf den ökologischen Landbau als Idealtypus einer nachhaltigen Landwirtschaft. Daher plädieren wir dafür, das Ziel der Ausweitung des ökologischen Landbaus durch die Ausweitung nachhaltiger Anbausysteme zu ersetzen. Ein solches Ziel würde den Erhalt der Flächenproduktivität, der Versorgungssicherheit und der Biodiversität kombinieren und stellt eine realistischere und günstigere Zielgröße dar. Das Ziel von 30 % Ökolandbau würde fast einer Verdreifachung der aktuellen Situation entsprechen und ist somit unserer nicht realistisch, ignoriert die aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation, und würde in einer globalen Betrachtung den vorgeblichen Zielen eher schaden als nutzen.

13.9.2023, Mo/SM/JM/TS